

Bayern-Wirtschaft will »Flüchtlinge« anlocken

Scharfe Töne aus dem Freistaat zur grün-roten Industriepolitik in Baden-Württemberg

Von Ralf Müller

Stuttgart/München. Fast so sehr wie eine Wahl im eigenen Lande ist den bayerischen Parteien der Wahlgang im benachbarten Baden-Württemberg unter die Haut gegangen. Koalitionsverhandlungen und Äußerungen der neuen Regierenden in Stuttgart werden in München mit großem Argwohn zur Kenntnis genommen. Schon denkt man bei CSU und FDP darüber nach, wie man »Wirtschaftsflüchtlingen« aus dem »Ländle« eine Willkommenskultur bieten könnte.

Spätestens seit den umstrittenen Empfehlungen des designierten Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann an Daimler, Porsche und Co., doch lieber weniger Autos zu bauen, hält man in Bayern das Rennen um den wirtschaftlichen Platz eins der Bundesländer für entschieden. Seehofer kanzelte den angehenden Ministerpräsidenten-Kollegen in Stuttgart ab. Es sei ein »bisher einmaliger Vorgang«, dass sich der Regierungschef eines Automobillands »offen gegen eine zentrale Säule des eigenen Wohlstands« stelle, er-

klärte Seehofer. Das erste Treffen mit Kretschmann dürfte daher schon einmal wenig herzlich ausfallen.

Seehofer kanzelt Kretschmann ab

In bayerischen Wirtschafts- und Regierungskreisen denkt man schon einmal laut darüber nach, ob und wie der Freistaat von einem wirtschaftsfeindlichen Kurs im Westen profitieren könnte. Zu Zeiten des früheren bayerischen Wirtschaftsministers Otto

Wiesheu (CSU) wären wohl schon Boten zur Sondierung möglicher Abwanderungswünsche ausgesandt worden, meint ein langjähriger Kenner der Szene: »In Bayern haben wir noch genug Platz.«

Auch die Generalsekretärin der bayerischen Liberalen, Miriam Gruß, winkt mit dem Zaunpfahl: »Erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen aus ideologischem Unverstand an die kurze Leine zu nehmen wird in eine Sackgasse führen.« Von ernsthaften Abwanderungsgedanken hat man aber noch nichts vernommen.